

In weitgehender Übereinstimmung mit der Petition der Gmundner Klimaschutzbewegung "Fridays For Future" beschließt der Gemeinderat der Stadt Gmunden den

Gmundner Klimapakt

Präambel

Die offenkundige, maßgeblich auch vom Menschen gemachte Erderwärmung ist nicht bloß eine Klimakrise. Sie ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Menschenrechts-, Artenschutz- und Friedensproblem. Der durch das Abschmelzen des Polareises steigende Meeresspiegel, das Auftauen riesiger Permafrost-Gebiete oder auch die Ausbreitung von Wüsten führen dazu, dass laut einer Studie der Weltbank die Zahl der Klima-Flüchtlinge in den kommenden 30 Jahren auf 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Die Auswirkungen in Österreich sind auch bereits deutlich zu spüren, in der Landwirtschaft und im Wintertourismus, bei Wetter-Extremen und Naturkatastrophen oder auch beim Artensterben. Dagegen muss die Politik auf allen Ebenen ankämpfen.

Generelle Priorität Klimaschutz

Der Gmundner Gemeinderat erklärt, die Eindämmung der globalen Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen auf lokaler, kommunaler Ebene als Aufgabe von bedeutender Priorität wahrzunehmen.

Um einen angemessenen Beitrag dazu zu leisten, das Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, nämlich die globale Erwärmung bis 2050 auf 1,5 ° Celsius zu begrenzen und den Ausstoß von Treibhausgasen massiv zu verringern (Netto-Null-Emissionen bis 2030), beschließt der Gemeinderat der Stadt Gmunden das nachfolgende Bündel von Maßnahmen und Zielen. Er orientiert sich dabei an den Ergebnissen des Workshops "Wie gelingt uns Klimaschutz vor Ort" am 2. 9. 2019, insbesondere an den Umsetzungsmaßnahmen, die – wie im Protokoll ersichtlich – auf mehreren Themenfeldern vorgeschlagen worden sind.

Die Stadtgemeinde wird alle bestehenden und neuen Verordnungen, Bewilligungen und Projekte der Stadt Gmunden auf ihre Auswirkungen auf das Klima sowie auf ihre ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit überprüfen und sie, wo immer es notwendig ist, im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten in diesem Sinn ändern, um weitere Auslöser der Klimakrise zu vermeiden und deren Folgen abzuschwächen.

Der Gemeinderat orientiert sich bei zukünftigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise vor Ort an den Berichten des "Intergovernmental Panel on Climate Change" (IPCC) und "Austrian Panel on Climate Change" (APCC). Dies gilt insbesondere in Bezug auf Raumordnung, Raumplanung, Verkehrsplanung, Energieversorgung und Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.

Resolution an die Bundesregierung

Der Gemeinderat fordert den Nationalrat und die Bundesregierung auf, allen Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise und zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele ebenfalls höchste Priorität und Dringlichkeit zu geben und die Bevölkerung Österreichs umfassend über die Klimakrise,

ihre Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen die Klimakrise ergriffen werden, zu informieren.

Öffentlicher Verkehr

Die Stadtgemeinde bekundet ihren Willen, das Fahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln innerstädtisch und im regionalen Nahverkehr so kostengünstig und attraktiv wie möglich zu gestalten.

Radfahren

Die Stadtgemeinde entschließt sich, ihr Radwegenetz zu vergrößern und sicherer zu gestalten, im Stadtgebiet mehr Abstellanlagen zu errichten und generell dem Radfahren mehr Platz einzuräumen.

Bodenversiegelung

Die Stadtgemeinde ist Bodenbündnis-Gemeinde und wird den aus dieser Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen im Besonderen bei eigenen Bauvorhaben nachkommen. Gemeint ist damit, die Ziele des Bozener Manifests für europäische Städte und Gemeinden für einen nachhaltigen Umgang mit Böden aktiv anzugehen und umzusetzen. Die Stadtgemeinde wird u. a. darauf Bedacht nehmen, dass es auf öffentlichem Grund zu keiner zusätzlichen Bodenversiegelung kommt. Bei privaten Bauvorhaben versucht die Stadt Überzeugungsarbeit zur Einhaltung der Bodenbündnis-Ziele zu leisten.

Erneuerbare Energien

Die Stadtgemeinde wird bei ihren eigenen Liegenschaften weiterhin und vermehrt erneuerbare Energien einsetzen. Auf die Förderung privater Objekte kann sie aus gesetzlichen Gründen nicht Einfluss nehmen. Diese obliegt Land und Bund, die Doppelförderungen nicht zulassen.

Mülltrennung im öffentlichen Raum, Bewusstseinsbildung

Ein verpflichtendes Abfallkonzept für umweltverträgliche Veranstaltungen hat der Gemeinderat bereits beschlossen. Es ist beabsichtigt Gemeindeförderungen daran zu knüpfen, dass der Fördernehmer bei Projekten und Veranstaltungen Mülltrennung und -vermeidung praktiziert. Das Aufstellen zusätzlicher Recycling-Mülltonnen im öffentlichen Raum ist beabsichtigt und wird derzeit geprüft.

Beginnend mit und vor allem in den örtlichen Schulen wird die Stadtgemeinde auch die Bewusstseinsbildung für Müllvermeidung, Mülltrennung und andere Formen der Vermeidung des CO₂-Ausstoßes forcieren.

Gemeinschaftsgärten, mehr Naturnähe und Bienenschutz

Die Stadtgemeinde unterstützt bestehende Gemeinschaftsgärten (Klostergarten, Open Fruit Garden beim Sportzentrum, Nasch-Hecke Kalvarienberg) und Initiativen zur Schaffung weiterer Gemeinschaftsgärten auf gemeindeeigenen Flächen.

Die Stadtgemeinde arbeitet mit Bürgerbeteiligung an einem Maßnahmenpaket, um als bienenfreundliche Gemeinde zertifiziert zu werden. Dafür verzichtet der Wirtschaftshof auf den Einsatz

von Pestiziden. Aus geeigneten öffentlichen Grünflächen werden sogenannte „Bienenweiden“ und die Stadtgemeinde fördert mit Workshops, Vorträgen und anderen Maßnahmen das Anlegen privater bienenfreundlicher Gärten, um eine größere Artenvielfalt zurückzugewinnen.

Regionales Angebot in der der Gmundner Innenstadt

Die Wirtschaftsstelle der Stadt ist mit ihren Förderinstrumenten im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten weiterhin vermehrt bemüht, regionale Anbieter in der Innenstadt anzusiedeln.

Evaluierung

Beide Seiten, die Stadtgemeinde Gmunden und Fridays For Future Gmunden, werden die im Gmundner Klimapakt festgeschriebenen Ziele regelmäßig, zumindest jährlich, gemeinsam evaluieren.